

# Mögliche Chancen und befürchtete Fallen der „Neuen Tätigkeitsgesellschaft“ für Frauen

---

## I. Einleitung

---

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt – mit dem Ziel, die Anerkennung, Erleichterung, Vernetzung und Förderung freiwilliger Hilfe zu unterstützen. In Deutschland beschäftigt sich die Diskussion zu diesem Thema bereits seit einigen Jahren mit der Frage, wie neue Potenziale für Freiwilligentätigkeit zu erschließen sind. Viele der in der Vergangenheit professionalisierten sozialen Hilfeleistungen können von einem Sozialstaat nicht mehr erbracht werden, dessen Ausgaben durch steigende Arbeitslosenzahlen die Einnahmen überschreiten. Nicht zuletzt diese Tatsache hat dazu geführt, dass wieder verstärkt zur Ausdehnung ehrenamtlicher Tätigkeit aufgerufen wird. Der Deutsche Bundestag setzte gar eine Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ein, die am 14. Februar 2000 ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese hat die Aufgabe, „konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten“<sup>1</sup>.

Die Debatte um den breiteren Ausbau einer Zivilgesellschaft, in der sich Menschen wieder auf Gemeinsinn verpflichten, ist bereits seit einigen Jahren virulent. Steigende Arbeitslosenzahlen bei stetigem Wirtschaftswachstum und zunehmender Kapitalrendite legen den Schluss nahe, dass nicht mehr das gesamte Erwerbspersonenpotenzial auf Dauer in Erwerbsarbeit eingebunden werden kann. Rationalisierung, Globalisierung und Individualisierung sind die Schlüsselbegriffe zur Erklärung dieses Phänomens. Die fortschreitenden Individualisierungstendenzen moderner Industriegesellschaften sind dabei unter anderem dadurch wirksam, dass durch diese Entwicklung und durch

die Bildungsexpansion die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland seit den sechziger Jahren enorm gestiegen ist<sup>2</sup>. Nicht zuletzt diese Veränderung der Erwerbsorientierung von Frauen führt seither zu einem stark vermehrten Arbeitskräfteangebot, das der Arbeitsmarkt inzwischen nicht mehr aufnehmen kann.

In der hauptsächlich von Männern geführten Debatte zur Belebung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement bleibt völlig außer Acht, dass die meisten der vermehrt aufzunehmenden vorgeschlagenen gemeinnützigen Tätigkeiten bereits jetzt – großenteils gesellschaftlich kaum anerkannt und vor allem unentlohnt – in Frauenhänden liegen. Es geht also um „typisch weibliche Tätigkeiten“. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich daher – ausgehend von den Unzulänglichkeiten des derzeitigen Erwerbsarbeitsmodells und den von konservativer Seite vorgeschlagenen Reformmodellen zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise – mit der Rolle der Frauen in dem Bemühen um Erschließung weiteren Ehrenamtpotenzials. Ist der vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und der Krise des Sozialstaats zunächst geschlechtsneutral formulierte Aufruf, sich wieder vermehrt bürgerschaftlich zu engagieren, in Wirklichkeit eine Verschleierung des Trends zu weiterer Rationalisierung und Flexibilisierung weiblicher Erwerbsarbeit und damit zur Verminderung von weiblichen Erwerbschancen? Oder ist die ehrenamtliche Tätigkeit von Frauen nicht als Vehikel zur Entlastung von Sozialstaat und Arbeitsmarkt zu sehen, sondern vielmehr als Chance der Selbstverwirklichung und der Möglichkeit, außerhalb von Beruf und Familie einer selbstbestimmten, sinnerfüllten Tätigkeit nachzugehen? Kurzum: Ist das unbezahlte Engagement von Bürgern und Bürgerinnen eine Chance oder eine Falle für Frauen?

---

<sup>2</sup> Unter den Experten besteht kein Konsens darüber, ob Individualisierung als Ursache steigender Bildungsbeteiligung von Frauen anzusehen ist, oder ob Individualisierung die Folge der Zunahme von Bildungs- und Emanzipationsprozessen von Frauen ist (vgl. Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Die Sackgassen der Zukunftskommission, Vorbemerkung, Berlin 1998).

<sup>1</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/2351.

---

## II. Das Ende der Arbeitsgesellschaft

---

Die seit den siebziger Jahren in allen westlichen Industrienationen steigenden Arbeitslosenzahlen brachten den in den letzten Jahren fast schon zum geflügelten Wort avancierten Ausspruch vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ hervor. *Jobless growth* heißt das Schreckgespenst aller hochindustrialisierten Länder: Durch fortschreitende Technologieentwicklung hat sich die Beschäftigung vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt, und es zeigen sich hohe Produktivitätssteigerungen bei immer geringer werdendem Bedarf an menschlicher Arbeitskraft. Zudem ist auch längst klar, dass der Dienstleistungssektor nicht in der Lage sein wird, die aus der Produktion freigesetzten Arbeitnehmer aufzufangen, da hier die Rationalisierungstendenzen erst am Anfang stehen<sup>3</sup>. Auch die Standardbeschäftigungsform des Arbeitsmarkts – bislang noch quantitativ dominant –, gekennzeichnet durch einen dauerhaften, unbefristeten Arbeitsvertrag, ein an Vollzeitbeschäftigung orientiertes Arbeitszeitmuster, mit tariflicher und sozialer Sicherung verbunden, ist rückläufig: Das Normalarbeitsverhältnis – das im Übrigen immer nur für Männer galt – wird durch zunehmende Flexibilisierung von Arbeitsformen und -zeiten zum auslaufenden Modell<sup>4</sup>.

In den letzten Jahren gab es in Politik und Wirtschaft vielfältige Modellentwicklungen zur Krisenbewältigung bzw. Umstrukturierung unserer Erwerbsarbeitsgesellschaft. Konservative Reformmodelle stellen dabei nach wie vor in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, auch in Zukunft alle Menschen weiterhin über Erwerbsarbeit gesellschaftlich zu integrieren. Vielfältige wirtschafts-, finanz- und tarifpolitische Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels kommen auf die Agenda, so z. B. Vorschläge zur Verringerung der Jahresarbeitszeit, vor allem über mehr Teilzeit und Verminderung von Überstunden, also in flexibler, reversibler und kostengünstiger Form. Längerfristig zurückhaltende Tarifpolitik sowie Senkung der Lohnnebenkosten zur Erhöhung der Attraktivität des Stand-

---

3 Eine Studie von Rainer Thome am Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der Universität Würzburg offeriert ein „Worst case“-Szenario für die nächsten 10 Jahre: Demnach werden in diesem Zeitraum in Deutschland durch moderne Informationstechniken 6,7 Millionen Arbeitsplätze überflüssig werden (vgl. Dagmar Deckstein, Das Verschwinden der Dienstleistungen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 87 vom 16. 4. 1998).

4 Vgl. den Beitrag von Irene Dingeldey und Karin Gottschall in diesem Heft.

orts Deutschlands sind ebenso in der Diskussion wie Maßnahmen zum Ausbau einfacher personenbezogener Dienstleistungen und Lohnsubvention für niedrig Qualifizierte<sup>5</sup>. Die letztgenannte, auch unter dem Stichwort „Kombilohn“ bekannt gewordene Maßnahme zielt auf die Beseitigung der existierenden Barrieren zwischen Sozial- und Beschäftigungssystem, um den Anreiz zur Aufnahme gering entlohnter Beschäftigung durch Subventionierung der Arbeitseinkommen zu erhöhen. Diese Maßnahmen im Verein mit der allgemein erwarteten günstigen Wirtschaftsentwicklung sollten nach Expertenmeinung einen nachhaltigen Beschäftigungsanstieg in Gang setzen<sup>6</sup>.

---

## III. Die neue Tätigkeitsgesellschaft

---

Neben den konservativen Lösungsvorschlägen ist noch ein weiterer Argumentationsstrang auszumachen, dessen Grundprämisse vom weitgehenden Verschwinden der traditionellen Arbeit ausgeht und eher alternative Zukunftsszenarien entwickelt mit dem Fokus darauf, dass viele gesellschaftlich nützliche, nicht monetarisierte und monetarisierbare Tätigkeiten ungetan bleiben<sup>7</sup>. Diese Alternativmodelle implizieren – ausgehend von einer generellen Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung – in letzter Konsequenz einen Paradigmenwechsel von der Erwerbsarbeitsgesellschaft der Vollbeschäftigung hin zu einer pluralen Tätigkeits-

---

5 Vgl. Wolfgang Klauer/Peter Schnur/Gerd Zika, Strategien für mehr Beschäftigung, IAB-Kurzbericht Nr. 7 vom 2. 8. 1996, und Gerhard Kleinhenz, Was zu tun ist. Agenda für mehr Beschäftigung in Deutschland, IAB-Kurzbericht Nr. 15 vom 28. 9. 1998 (IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg). Zum Thema Ausbau von binnenabsatzorientierten und personenbezogenen Dienstleistungen und Lohnsubvention siehe Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn 1998; Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Band III, Bonn 1997.

6 Die vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) empfohlenen Maßnahmen sind bis jetzt nicht umgesetzt worden, lediglich die moderaten Lohnsteigerungen entsprachen bis 1998 der Empfehlung. Weder ging die durchschnittliche Jahresarbeitszeit zurück, noch wurde die tarifliche Arbeitszeit gesenkt; es gab nur eine moderate Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung, und es erfolgte kaum ein Rückgang des Überstundenvolumens (vgl. Peter Schnur/Ulrich Walwei/Gerd Zika, Strategiebündel des IAB auf dem Prüfstand, IAB-Kurzbericht Nr. 2 vom 24. 3. 2000).

7 Vgl. u. a. Bayerisch-Sächsische Zukunftskommission (Anm. 5); Orio Giarini/Patrick M. Liedtke, Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.

gesellschaft, in der sich Menschen neben der gering werdenden Erwerbsarbeit in gemeinwohlorientierten Betätigungsfeldern einsetzen. Nach diesem visionären Modell einer *Civil Society* könnte der durch Arbeitszeitverkürzung entstandene „Zeitwohlstand“ in selbst gewählte befriedigende und sinnstiftende Tätigkeiten eingebracht werden; gleichzeitig würden Erwerbsarbeitsmarkt und Sozialstaat entlastet. Es geht also um eine Erweiterung der bislang einseitigen Fokussierung auf die Erwerbsarbeit als unabdingbare Prämisse der gesellschaftlichen Integration hin zur Anerkennung einer Pluralität von Arbeits- und Tätigkeitsformen, in denen jenseits der Erwerbsarbeit gesellschaftlich wertvolle Arbeit geleistet wird<sup>8</sup>.

In diese Richtung geht auch das kontrovers diskutierte Konzept der „Bürgerarbeit“<sup>9</sup>, das nicht primär als Beschäftigungsmaßnahme für Arbeitslose konzipiert wurde, sondern als Mittel zum Ausbau einer demokratischen Bürgergesellschaft mit der Rückbesinnung auf Werte wie Gemeinwohlorientiertheit und Solidarität. Bürgerarbeit, die jedoch *auch* unter dem Slogan „Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ gehandelt wird, kann auf freiwilliger Basis geleistet werden, z. B. von Frauen und Männern nach der Kinder- und Erziehungsphase, mit und ohne Job, von Teilzeitbeschäftigten, Rentnern, von Menschen, die ein Sabbatjahr nehmen wollen, und nicht zuletzt eben auch von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Als Betätigungsfelder werden von der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sterbebegleitung sowie Betreuung von Obdachlosen, Asylbewerbern und Lernschwachen vorgeschlagen. Obwohl geschlechtsneutral formuliert, ist nicht zu übersehen, dass insbesondere die Hilfe am Nächsten jenen Personen nahe gelegt wird, die über das „weibliche Arbeitsvermögen“ mit der Orientierung am Menschen verfügen und in deren Wertekatalog das „Da-Sein für andere“<sup>10</sup> aufgrund ihrer spezifischen

Sozialisation ein zentraler Punkt ihres Lebensentwurfs ist. Insbesondere Frauen sollen sich Aufgaben widmen, die ihnen offenbar „auf den Leib“ geschrieben sind: die Pflege der Kinder, der Fußböden und des Gemeinwohls<sup>11</sup>.

---

#### IV. Zeitsouveränität in der Tätigkeitsgesellschaft

---

Bei den Überlegungen, neue Ressourcen sozialen Engagements durch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung erschließen zu können, wird die besondere Problematik der ehrenamtlichen unbezahlten Arbeit als Frauenarbeit vielfach ausgeblendet. Solchen Analysen zufolge kommt es lediglich ganz allgemein darauf an, die Bereitschaft der teilweise von Erwerbsarbeit befreiten Menschen für aktive unbezahlte soziale Hilfeleistung zu wecken und zu nutzen<sup>12</sup>. Ehrenamtliches Engagement setzt nach dieser Lesart also eine gewisse Zeitsouveränität voraus. Betrachtet man jedoch die Tatsache, dass 89 Prozent aller Teilzeitarbeitsplätze mit Frauen besetzt sind<sup>13</sup>, die diese Art der flexibilisierten Arbeit präferieren (müssen), um Berufs- und Familienarbeit vereinen zu können, ist ziemlich klar, wer als Adressat für die Ausweitung von ehrenamtlicher Tätigkeit vorgesehen ist. Die von großen Konzernen wie BMW, Siemens oder IBM angebotenen Teilzeitarbeitsmodelle werden von Männern so gut wie nicht genutzt. Teilzeitarbeit hat für Männer in Deutschland das schlechte Image des „Nicht-Vollwertigen“ und wird als karriereschädlich gewertet, was bei den derzeitigen Arbeitsmarkt- und Unternehmensstrukturen wohl auch zutreffend sein dürfte<sup>14</sup>. Das Gleiche gilt für den zeitweisen Ausstieg aus

---

setzungsvermögen ausgestattet. Beide Orientierungen werden durch geschlechtsspezifische Sozialisation erworben. Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim, *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt*, Frankfurt/M. 1981, und dies., *Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“: Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang*, in: *Soziale Welt*, (1983) 3, S. 307–340.

11 Vgl. Ulrich Beck, *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt/M. 1999, S. 145.

12 Vgl. Gisela Notz, *Frauen im sozialen Ehrenamt*, Freiburg 1989.

13 Vgl. Gerhard Willke, *Die Zukunft unserer Arbeit*, Bonn 1998.

14 Das jüngst gesetzlich verankerte Recht auf Teilzeitarbeit könnte möglicherweise eine signalgebende Funktion haben in der Weise, dass auch männliche Arbeitnehmer eher bereit sind zur Verkürzung ihrer individuellen Arbeitszeit, wenn es mit betrieblichen und persönlichen Belangen vereinbar ist. Während allerdings die Bundesregierung den Bürgern mit dem neuen Gesetz mehr „Flexibilität und Zeitsouveränität“ und obendrein mehr Arbeitsplätze verspricht, bezeichnete

8 Vgl. Gerd Mutz, *Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48–49/97, S. 31–40. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Beitrag von Gerd Mutz in diesem Heft.

9 Vgl. Ulrich Beck, *Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen*, in: *Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen* (Anm. 5), S. 146–168; ders., *Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit*, in: ders. (Hrsg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt/M. 2000, S. 416–447.

10 Weibliches Arbeitsvermögen unterscheidet sich vom männlichen dadurch, dass es in hohem Maße Interesse, Mitgefühl und Hilfsbereitschaft, also eine hohe persönliche und personenbezogene Sensibilität besitzt. Männliches Arbeitsvermögen hingegen ist mit den Attributen Wettbewerb, Konkurrenzverhalten, Leistungsorientierung und Durch-

der Erwerbstätigkeit (*Sabbatical*) ohne Rückkehrgarantie, was bei den heutigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt wohl kaum jemand wahrnehmen kann. Der zeitweise Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit wird unter der Bezeichnung „Erziehungsurlaub“ hauptsächlich von Frauen in der Kindererziehungsphase vielfach notgedrungen praktiziert, da für eine Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung die nötigen Rahmenbedingungen in Deutschland weitgehend fehlen. Inzwischen besteht auch für Väter die Möglichkeit, „Elternzeit“ zu nehmen, bei beiden Geschlechtern ist allerdings der Karriereknick vorprogrammiert: Der berufliche Wiedereinstieg gestaltet sich als sehr schwierig, weil die Unterbrechung mit einer Dequalifizierung gleichgesetzt wird.

Es gibt nach wie vor ein starkes Gefälle in der Entlohnung von Männern und Frauen (auch für gleiche Arbeit), und Frauen sind hauptsächlich in den eher unsicheren und prekären Berufen und Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen, sie tragen somit also das ungleich größere Arbeitsplatzrisiko. Deshalb gestaltet sich der Entscheidungsprozess meist so, dass die Frau Erziehungsurlaub und damit alle negativen berufsbiografischen und alters(un)sichernden Folgen auf sich nimmt. Die Geschlechter werden aufgrund der Organisationsprinzipien von Bildung und Arbeitsmarkt, die der traditionell differenzierten Rollenverteilung sowie den gängigen gesellschaftlichen Leitbildern entsprechen, nach männlichem Ernährer und weiblicher Familienarbeiterin einer marktzentrierten und einer familienzentrierten Lebensführung zugeordnet<sup>15</sup>. Diese Zuordnung zieht sich durch nahezu alle Lebensbereiche und findet ihre Entsprechung auch in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements.

---

## V. Geschlechtsspezifischer hierarchischer Arbeitsteilung im freiwilligen Engagement

---

Männer engagieren sich vorwiegend in Parteien, Gewerkschaften, kulturellen Vereinen und in Sportvereinen. Häufig weist das männliche Engagement eine große Nähe zur Berufstätigkeit auf.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt das Gesetz als „Ein Stück aus dem Tollhaus“ (vgl. Süddeutsche Zeitung, Nr. 272 vom 25./26.11.2000).

<sup>15</sup> Vgl. Helga Krüger, Prozessuale Ungleichheit, Geschlecht und Institutionenverknüpfungen im Lebenslauf, in: Peter A. Berger/Peter Sopp (Hrsg.), Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 133–153.

Frauen hingegen bringen ihre Freiwilligentätigkeit vorwiegend in sozialen Bereichen ein, hier sind sie zahlenmäßig gegenüber den Männern weit überrepräsentiert. Im sozialen Bereich beträgt der Frauenanteil 94 Prozent, während in Sportvereinen die Vorstandschaft zu 70 Prozent bis 87 Prozent aus Männern besteht<sup>16</sup>. Innerhalb des organisierten ehrenamtlichen Bereichs spaltet sich die erwählte bzw. zugewiesene Zuständigkeit erneut in männliche und weibliche Tätigkeiten. Die Arbeitsschwerpunkte von Frauen sind auf den direkten Kontakt mit Menschen gerichtet: Kranke, Alte, Behinderte, Kinder und Jugendliche. Männer hingegen überwiegen in den Bereichen Vorstand/Leitung, Öffentlichkeit, Gremien und Organisation/Verwaltung, also in denjenigen Handlungsfeldern, die nicht auf unmittelbaren Kontakt mit Klienten ausgerichtet sind. Frauen finden sich nur als Ausnahme an den Spitzen der Verbände und Vereine, in Leitungs- und Führungspositionen, in Positionen also, die mit Macht, Einfluss und Anerkennung verbunden sind, wohingegen sie meist die konkrete Arbeit unmittelbar an der Basis leisten<sup>17</sup>. Diese Arbeitsteilung ist besonders auch im kirchlichen Bereich bemerkenswert, weil es insgesamt zu zwei Dritteln Personen weiblichen Geschlechts sind, die sich in Kirchengemeinden engagieren und dennoch die lediglich zu einem Drittel beteiligten Männer die Leitungsfunktionen übernehmen.

Historisch betrachtet, haben die geschlechtsspezifischen Strukturen im Ehrenamtsbereich seit dem Mittelalter keine nennenswerte Änderung erfahren: Die Trennung zwischen männlichen Ehrenbeamten, die mit der Verwaltung der Armenpflege betraut waren, und der freiwilligen, unmittelbaren sozialen Wohlfahrtspflege, die von Frauen geleistet wurde, bleibt bis heute bestehen<sup>18</sup>.

---

## VI. Chance oder Falle?

---

Die beiden größten Tätigkeitsfelder für ehrenamtliches Engagement in Deutschland sind Sport und

<sup>16</sup> Vgl. Tagungsdokumentation „Ehrenamt – Krise oder Formwandel“, Akademie für Politische Bildung, Tutzing 1994, und Das Ehrenamt im Sport, Fragebogenaktion des Bayerischen Landessportverbands e. V., München 1994.

<sup>17</sup> Die unmittelbar personenbezogene Hilfe auf der untersten Hierarchiestufe wird zu mindestens 80 Prozent von Frauen erbracht. Vgl. Senatsverwaltung (Anm. 2), S. 183.

<sup>18</sup> Vgl. Sigrid Reihls, Im Schatten von Freiheit und Erfüllung, Bochum 1995; Marianne Bühler, Frauen, Kirche, Ehrenamt, Düsseldorf 1995; Heide Funk, Weibliches Ehrenamt im Patriarchat, in: Siegfried Müller/Thomas Rauschenbach (Hrsg.), Das soziale Ehrenamt, Weinheim – München 1992, S. 119–126.

Soziales. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird sich künftig der Bedarf an Leistungen ehrenamtlicher sozialer Arbeit im Bereich Gesundheit und Soziales erhöhen angesichts der steigenden Anzahl älterer Menschen, die Versorgung und Pflege benötigen werden, und der zunehmenden Unfinanzierbarkeit dieser Leistungen durch den Sozialstaat. Was bedeutet nun dieser künftig immer mehr zunehmende Bedarf an sozialen personenbezogenen Diensten für die Lebensgestaltung von Frauen zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt? Wie gestaltet sich die Rolle von Frauen in einer pluralen Tätigkeitsgesellschaft? Wo liegen die Optionen und wo die Brüche<sup>19</sup>?

Das freiwillige Engagement eröffnet für Frauen einerseits die Möglichkeit der Selbstverwirklichung sowie Handlungserweiterung und Anerkennung außerhalb von Familien- und Erwerbsarbeit, gerade auch während erwerbsbiografischer Brüche aufgrund von Kindererziehungszeiten, die sich aus den vorgenannten Gründen bis heute fast ausschließlich in weiblichen Biografien finden. Aus subjektiver Sicht kann also die Entscheidung für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ein durchaus rationaler, wenn auch widersprüchlicher Kompromiss im weiblichen Lebensentwurf sein. Aufgrund der durch Familienarbeit und Kindererziehung eingeschränkten Handlungsspielräume ist davon auszugehen, dass Frauen diese Möglichkeiten des gestalterischen Potenzials jenseits der Familie – mangels erwerbswirtschaftlicher Alternativen oder adäquater Kinderbetreuungsmöglichkeiten – auch weiterhin verstärkt annehmen werden. Andererseits ist nicht zu vernachlässigen, dass das weibliche Engagement zur weiteren Festschreibung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und der Aufrechterhaltung der materiellen Abhängigkeit vom Ehemann beitragen kann. Dies könnte besonders dann der Fall sein, wenn die Frau nach Kindererziehungs- und/oder Ehrenamtsphasen, die in biografischen Passungssituationen gewählt werden, in diesen Bereichen „hängen“ bleibt, weil

19 Diese Fragen wurden Frauen vorgelegt, die neben Familien- und Erwerbsarbeit (Teilzeit) ehrenamtlich tätig sind. Es handelt sich um eine explorative Fallstudie mit geringen Fallzahlen, die keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt. Die Studie liefert jedoch empirisch fundierte Einblicke in zwei Betätigungsfelder, die als prototypisch für bürgerschaftliches Engagement gelten können: die Sterbebegleitung und die Arbeit in politischen Bürgerinitiativen. Es werden sowohl „Passungen“ als auch Dissonanzen sichtbar und nachvollziehbar, die in der Literatur bislang nur theoretisch behandelt wurden. Vgl. Brigitte Rudolph, Eine Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten – Chance oder Falle für Frauen?, in: Ulrich Beck (Hrsg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M. 2000, S. 287–326.

sich ihre beruflichen Chancen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt stark verringert haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für das eigene Leben zwischen Beruf, Familie und freiwilligem Engagement hängen nicht nur von der Bildungs- und Berufsqualifikation und den Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt ab, sondern ebenso von der jeweiligen ökonomischen Lage und vor allem von den individuellen Beziehungskonzepten der Frauen. Ein zeitaufwendiges bürgerschaftliches Engagement kann nur ausgeübt werden, wenn die Sicherung des Lebensunterhalts von anderer Seite erfolgt. Unbezahlte ehrenamtliche Arbeit ist also nicht ausschließlich als Angelegenheit einzelner Individuen zu sehen, sondern sie basiert ebenso wie die Erwerbsarbeit auf den Arrangements von Haushalten mit entsprechenden Rollenverteilungen. So ist es nicht verwunderlich, dass im Haushaltstyp „Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren“ der Beteiligungsgrad an ehrenamtlichen Aktivitäten am höchsten ist<sup>20</sup>.

Auch wenn die Frauen aus ihrer subjektiven Sicht ihr eigenes Engagement äußerst positiv bewerten und sie ihre ehrenamtliche Tätigkeit als große Bereicherung zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung und Selbstentfaltung sehen, ist der neuerlich wieder aktuelle Aufruf zur Ausdehnung gemeinwohlorientierter Tätigkeitsbereiche kritisch zu sehen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Arbeitsmarktlage und der aufgrund ihrer Gebärfähigkeit und der unverändert einseitigen Zuweisung von Familien- und Hausarbeit ohnehin schlechteren Chancen von Frauen, eine ihrer Ausbildung entsprechende Position im Erwerbsleben einzunehmen bzw. sie nach erwerbsbiografischen Brüchen wieder aufzunehmen, kann der Versuch, neue Ehrenamtspotenziale zu erschließen, für Frauen durchaus eine Falle sein. Gerade das soziale Ehrenamt ist wegen seiner Nähe zur Haus- und Familienarbeit nahezu durchgängig mit der Spezies „Frau“ konnotiert.

Ein nicht zu vernachlässigendes Problem bei der Ausdehnung bürgerschaftlichen Engagements besteht in der Gefahr der Deprofessionalisierung im großen Bereich von Gesundheit und Sozialem, wo in der Mehrzahl Frauen beschäftigt sind. Die Rückverweisung von beruflich erbrachten Tätigkeiten in den privaten oder ehrenamtlichen Be-

20 Vgl. Rolf G. Heinze/Heiner Keupp, Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, Bochum 1997; Norbert Schwarz, Ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Hilfeleistungen, in: Karen Blanke/Manfred Ehling/Norbert Schwarz, Zeit im Blickfeld, Zeitbudgeterhebung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart 1996.

reich ist besonders in den Zeiten aktuell, in denen Einsparungen sozialstaatlicher Leistungen gefordert werden. Es könnten Verdrängungsprozesse in Gang gesetzt werden: Hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen könnten durch ehrenamtliche ersetzt werden. Den stellungssuchenden Absolventinnen sozialer und sozialpädagogischer Studiengänge wird nunmehr bereits unbezahlte Arbeit als eine mögliche Arbeitsform angeboten, um berufliche Qualifikationen und gemeinwohlorientiertes Engagement gleichermaßen zu realisieren. Diese den Frauen nahe gelegte, als Chance deklarierte Arbeitsform könnte sich in mehrfacher Hinsicht als extrem fallenträchtig erweisen: Sie hat den Vorteil des Erwerbs von Berufspraxis durch Anwendung der in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen, bietet jedoch weder aktuell noch im Alter ein existenzsicherndes Einkommen, da der Lebensunterhalt durch Jobben bestritten wird. Die größte Absurdität könnte sich aber darin zeigen, dass die adäquat ausgebildeten Ehrenamtlichen durch ihr unentlohntes Engagement zum weiteren Stellenabbau in der eigenen Profession beitragen und so auf längere Sicht die Vernichtung ihrer eigenen Arbeitsmarktchancen betreiben<sup>21</sup>.

In einer Hochrechnung bis zum Jahr 2010, die das IAB Nürnberg vorlegte, werden Frauen als „Gewinner der Arbeitsmarktentwicklung“ bezeichnet, weil es durch zunehmende Flexibilisierung zu einem vermehrten Angebot an Teilzeitstellen kommen wird. Der Nebeneffekt, nämlich dass Teilzeitstellen kaum karriereträchtig und kaum existenzsichernd bezahlt sind sowie keine ausreichende Alterssicherung beinhalten, wird dabei lediglich in einem Nebensatz erwähnt: Es seien „knapp eine halbe Mio. zusätzliche Stellen – wenn auch häufig im nicht sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbereich – für Frauen entstanden“<sup>22</sup>. Dass auch Männer künftig von diesem vermehrten Angebot an Teilzeitarbeit Gebrauch machen könnten, wird im Zusammenhang mit dem Rückgang von Vollzeitstellen auch in verschiedenen männlich dominierten Branchen in der Weise thematisiert, dass Männer eventuell mehrere Teilzeitjobs anstreben werden. Das Leitbild des männlichen Haupternährermodells bleibt damit einstweilen unangetastet und das der traditionellen klassischen Arbeitsteilung innerhalb der Familie ebenfalls.

21 Vgl. Ursula Rabe-Kleberg, Wenn der Beruf zum Ehrenamt wird, in: S. Müller/Th. Rauschenbach (Anm. 18), S. 87–102.

22 Vgl. Gerhard Engelbrecht/Maria Jungkunst, Zukunft der Arbeit – Zukunft der Frauen?, *ibv*, Nr. 22 vom 31.5.2000. (*ibv* = Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste).

---

## VII. Ausblick

---

Die Befürchtung, dass angesichts der aktuellen Krise auf dem Arbeitsmarkt Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement den Frauen als Ersatz für ihre mühsam erkämpfte und häufig genug prekäre Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt schmackhaft gemacht werden soll, ist inzwischen, wohl nicht zu Unrecht, in frauenpolitischen Kreisen weit verbreitet. Die geschlechtsspezifische Tragweite, wenn sie auch nicht explizit formuliert ist, lässt sich aus allen Reformmodellen zwischen den Zeilen herauslesen<sup>23</sup>. Aus einschlägigen Studien geht jedoch hervor, dass ehrenamtliche Arbeit sich immer komplementär und nicht substitutiv zur Erwerbsarbeit erweist, da es vorwiegend die Erwerbstätigen sind, die sich nebenbei ehrenamtlich engagieren, und das Ehrenamt gerade auch für Frauen niemals „Ersatzarbeit“ sein kann<sup>24</sup>.

Dennoch haben Frauen eine große Bereitschaft, ihre Zeit, ihre Kraft und ihre Kompetenzen in gesellschaftliche Bereiche einzubringen, die außerhalb der Tätigkeitsbereiche Familie und Erwerbsarbeit liegen. Allerdings haben sich Form und Motivationsstrukturen geändert. Der Trend folgt immer mehr dem themenbezogenen, zeitlich begrenzten Engagement mit einem hohen Maß an Selbstgestaltung, das in biographischen Passungssituationen selbst gewählt werden kann. Die Motive leiten sich nicht mehr von abstrakten moralischen Normen ab. Religiös-karitativ orientierte altruistische Einstellungen sind kaum mehr handlungsleitend, sondern vielmehr der Wunsch nach sinnvoller Tätigkeit, nach gesellschaftlicher Partizipation und kommunikativem Austausch mit anderen. Die Reziprozität des Gebens und Nehmens ist zu einem zentralen Punkt des freiwilligen Engagements geworden, Frauen möchten mit ihrem Einsatz auf freiwilliger Ebene „etwas für sich *und* für andere tun“<sup>25</sup>. Sie stellen damit einen Teil des Bedarfs an

23 Vgl. Senatsverwaltung (Anm. 2).

24 Vgl. S. Reihls (Anm. 18); G. Notz (Anm. 12); Gisela Notz, Die neuen Freiwilligen, Neu-Ulm 1998; B. Rudolph (Anm. 19).

25 Vgl. dazu Anne Ballhausen/Uta Brandes/Marva Karrer/Robert Schreiber, Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis – weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen, Bielefeld 1986; Katharine Gaskin/Justin Smith-Davis/Irmtraud Paulwitz u. a., Ein neues bürgerschaftliches Europa, Eurovol-Studie, Freiburg 1996; Irene Kühnlein, Motivlagen, Sinnquellen und Identitätsrelevanz erwerbsarbeitsunabhängiger sozialer Tätigkeiten. Erschienen als Teil der Expertise von Rolf G. Heinze/Heiner Keupp, Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, in: Kommission für Zukunftsfragen (Anm. 5), Anlagenband 3, Bonn 1998, S. 107–241.

„sozialem Kitt“ zur Verfügung, der zum Zusammenhalt gerade von modernen, hoch individualisierten Gesellschaften zwingend notwendig ist.

Wenn unter dem Druck der künftigen Arbeitsmarktentwicklung die notwendigen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden für eine Um- und Neuverteilung nicht nur des sich vermindernenden Erwerbsarbeitsvolumens innerhalb der männlichen Erwerbsbevölkerung, sondern der gesamten bezahlten und unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen Männern und Frauen, wäre damit die Option auf erweiterte Handlungsspielräume in allen Arbeits- und Lebensbereichen für beide

Geschlechter gleichermaßen eröffnet. Männern würde sich dabei die Chance bieten, ihre in der Industriemoderne einseitig auf Erwerbsarbeit festgelegte Rolle zu erweitern und nicht weiterhin auf begrenzte Lebensbereiche verwiesen zu sein mit allen daraus resultierenden Beschränkungen. Unter diesem Blickwinkel könnte sich eine plurale Tätigkeitsgesellschaft sowohl auf der Mikro-Ebene der familialen Lebenswelten als auch gesamtgesellschaftlich betrachtet für Männer und Frauen als große Chance erweisen. Der Wandel von der Erwerbsarbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft sollte allerdings nicht auf Kosten der Akzeptanz weiblicher existenzsichernder Berufstätigkeit erfolgen.